

**75. Beilage im Jahre 2017 zu den Sitzungsberichten
des XXX. Vorarlberger Landtages**

Selbstständiger Antrag

Beilage: 75/2017

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 29. Juni 2017

**BETREFF: Unterstützungsprogramm zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben
der Polizei**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die öffentliche Ordnung gehört zu den Grundprinzipien eines funktionierenden Rechtsstaats. Sicherheit ist die Basis für persönliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Eine elementare Aufgabe des Staates ist der Schutz der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Zahlen der Vorarlberger Kriminalitätsstatistik 2016 muss das Thema auch landespolitisch in den Mittelpunkt gerückt werden.

Die Zahl der angezeigten Fälle hat in Vorarlberg von 19.044 im Jahr 2015 auf 19.926 Fälle im Jahr 2016 zugenommen (+4,63 %), wobei die Gewalkriminalität von 1.876 (2015) auf 2.122 Fälle (2016) um 13,1 % (!!!) gestiegen ist. Die Zahl der kriminellen Asylwerber hat sich nahezu verdoppelt und auch die generelle Entwicklung der Ausländerkriminalität in Vorarlberg - 42,5 % der ermittelten Tatverdächtigen sind Asylwerber und Fremde - verlangt nach einer umgehenden Stärkung der Sicherheitskräfte im Land. Nur in Sonntagsreden einen Ausbau der Polizei im Land anzukündigen ist zu wenig, es müssen endlich Taten gesetzt werden.

Um dieser negativen Entwicklung entgegenwirken zu können, ist ein klares Bekenntnis zu unserer Polizei und zu regionalen Sicherheitsstrukturen notwendig. Die Polizei muss personell und materiell bestens ausgerüstet sein. Es ist höchst an der Zeit, die Ausrüstung zur täglichen Aufgabenbewältigung zu verbessern, um den Polizisten im Dienst mehr Schutz zu bieten.

Fakt ist auch, dass die Herausforderungen, mit denen die Polizei im tagtäglichen Umgang konfrontiert ist, in den letzten Jahren stark zugenommen haben und viele Polizisten längst an ihre Belastungsgrenze gestoßen sind. Um die Sicherheit in Vorarlberg entsprechend gewährleisten zu können, ist daher die Aufstockung des Polizeipersonalstandes dringend erforderlich.

Landesrat Schwärzler (ÖVP) hat bereits Ende des Jahres 2015 200 zusätzliche Polizisten für Vorarlberg angekündigt. Begründet hat er dies damals folgendermaßen: *“Unsere Polizistinnen und Polizisten erbringen in ihrer täglichen Arbeit eine große Leistung für die Sicherheit in den Gemeinden und Regionen des Landes und bewegen sich dabei oft an der Belastungsgrenze.“* Damit die Sicherheitsarbeit auch in Zukunft auf hohem Niveau erledigt werden könne, sei es wichtig, dass die Polizei personell gut aufgestellt ist und zusätzliche Planstellen bis 2019 bereitgestellt werden. (Quelle: <http://www.vol.at/insgesamt-200-neue-polizisten-fuer-vorarlberg-bis-2019/4501482>)

Leider sind dieser Ankündigung von Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler (ÖVP) bisher keine entsprechenden Taten gefolgt. Wir müssen heute feststellen, dass von den angekündigten 200 zusätzlichen Planstellen im gesamten Jahr 2016 gerade einmal eine einzige geschaffen wurde.

Wie wir wissen, werden bis zum Jahr 2019 zudem 110 Polizisten ihren verdienten Ruhestand antreten. Damit müssten – um die angekündigten 200 zusätzlichen Polizisten erreichen zu können – bereits 310 neue Polizisten ausgebildet sein bis zum Jahr 2019. Noch gar nicht berücksichtigt sind bei dieser Zahl die zusätzlichen Austritte. Unseren Informationen zufolge sind in den letzten Jahren einige Polizisten frühzeitig aus der Polizei ausgetreten. Im Gegenzug sind für das heurige Jahr zwei Ausbildungskurse mit jeweils 25 Plätzen vorgesehen. Somit können mit den Ausmusterungen wahrscheinlich gerade einmal die Abgänge durch Pensionierungen und Austritte wettgemacht werden. Von einer Steigerung in Richtung der 200 angekündigten Polizisten sind wir somit in Vorarlberg meilenweit entfernt. Die Personalsituation ist also sehr angespannt. Damit die Polizei ihre gesetzlichen Aufgaben in vollem Umfang erledigen kann, muss dringend und sehr rasch gegengesteuert werden, um die notwendigen Planstellen zu besetzen.

Schützen wir unsere Beschützer. Polizisten und hier im Speziellen die Polizistinnen sind in ihrer täglichen Arbeit immer öfter damit konfrontiert, dass die Achtung vor jener staatlichen Autorität, die sie repräsentieren, verloren geht. Sie werden immer öfter mit Einzelpersonen und Gruppen konfrontiert, die ihre Autorität nicht anerkennen und versuchen, das Handeln von Exekutivbediensteten zu behindern oder sie sogar körperlich angreifen. Österreichweit wurden im Jahr 2016 1.041 Polizistinnen und Polizisten im Dienst durch fremde Gewalt verletzt, zwei davon getötet. (Quelle: Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes)

Der Großteil der Polizisten verfügt als Schutz gegenüber Angriffen von kriminellen, aggressiven, alkoholisierten oder anderen gewalttätigen Personen nach wie vor lediglich über die normale Polizeiuniform, welche keinerlei Schutzfunktion bietet. Daher ist es höchst an der Zeit, die Ausrüstung zur täglichen Aufgabenbewältigung zu verbessern, um den Polizisten mehr Schutz zu bieten.

Aufgrund der regionalen Besonderheiten muss in Vorarlberg sowohl die verstärkte Überwachung von sicherheitspolizeilich relevanten Brennpunkten gewährleistet sein, andererseits auch der Ausdünnung der Polizeiinspektionen im ländlichen Raum entgegengewirkt werden. Dies kann letztendlich jedoch wieder nur durch eine Aufstockung der Polizeikräfte umgesetzt werden.

Es sind vor allem unsere Polizistinnen und Polizisten, die durch ihren Einsatz für die Sicherheit in unserem Land sorgen. Die aktuelle Lage der Polizei ist jedoch bei Weitem nicht optimal. Daher bedarf es dringend eines Unterstützungsprogrammes für die Polizei in Vorarlberg.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen deshalb gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket zur Attraktivierung der Polizeiausbildung auszuarbeiten. Dieses soll jedenfalls folgende Punkte beinhalten:

1. Übernahme der Kosten für die Vorbereitungskurse
2. Aufstockung der Bezahlung während der Ausbildungszeit
3. Unterstützung der LPD Vorarlberg mit einer Imagekampagne bei der Anwerbung von Polizeischülern
4. Übernahme der Führerscheinkosten als Teil der Grundausbildung und
5. Erhöhung der Ausbildungskapazitäten der Polizeischule;

Weiters wird die Vorarlberger Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung, im Speziellen an den zuständigen ÖVP-Bundesminister Mag. Wolfgang Sobotka, heranzutreten und sich für

1. eine ausreichende dienstbare, personelle, den Polizeiplanstellen des Landes Vorarlberg entsprechende Aufstockung der Polizei zur Erfüllung der ihr durch die Gesetze zugeordneten Aufgaben,
2. die Schaffung von 200 zusätzlichen Planstellen für Vorarlberg bis 2019,
3. die Umsetzung eines funktionierenden Pools an Polizeibeamten zum Ausgleich von Unterbesetzungen durch Krankenstände, Karenzen oder Sonderverwendungen,
4. eine verbesserte Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten, um ihnen den bestmöglichen Schutz bei der Dienstausübung gewähren zu können,
5. eine vorausschauende Personalpolitik hinsichtlich der Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten zur schnellstmöglichen Nachbesetzung von pensionierten Beamten,
6. die Ausstattung der Sicherheitsakademie in Feldkirch mit eigenen, dem erhöhten Ausbildungsbedarf entsprechenden Planstellen,
7. den Erhalt sämtlicher Polizeidienststellen und kein Aushungern der selbigen,

einzusetzen.“

LAbg. Christof Bitschi

Klubobmann Daniel Allgäuer

LAbg. Joachim Weixlbaumer